
Klimasoziale Politik

Eine gerechte und emissionsfreie
Gesellschaft gestalten

bahoe books

Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Attac und BEGEWUM

Inhalt

Einleitung: Klimasoziale Politik	5
Die Klimakrise in Österreich	
<i>Klimaaktivismus</i> in Österreich ANTJE DANIEL, IRIS FREY, ALEXANDRA STRICKNER	19
<i>Klimapolitik</i> auf Österreichisch: „Ja, aber ...“ CHRISTOPH CLAR, PATRICK SCHERHAUFER	31
<i>Emissionen</i> hin oder her: Wer stößt sie aus und wie viel ist zu viel? STEFAN NABERNEGG	41
<i>Maßnahmen</i> : Was kann Klimapolitik leisten? MATHIAS KIRCHNER, BIRTE STRUNK	57
<i>Sozialpolitik</i> für eine klimagerechte Gesellschaft KATHARINA BOHNENBERGER, JANA SCHULTHEISS	71
Klimasoziale Politik	
ELISABETH KLATZER, LISA M. SEEBACHER <i>Geschlechtergerechtigkeit</i> : Unverzichtbar auf dem Weg zu Klimagerechtigkeit	85
<i>Migrationsgesellschaft</i> klimasozial gestalten JUDITH KOHLENBERGER	97
<i>Armut</i> durch Klimapolitik überwinden LAURA ALLINGER, CLARA MODER, ROBERT RYBACZEK-SCHWARZ, MARTIN SCHENK	107
<i>Ungleichheit</i> : Warum wir uns die Reichen nicht mehr leisten können HENDRIK THEINE, MARIO TASCHWER	119
<i>Gesundheit</i> für Alle WILLI HAAS	131
<i>Ernährung</i> klimasozial gestalten CHRISTINA PLANK, MARIANNE PENKER, KARL-MICHAEL BRUNNER	143
<i>Wohnen</i> : Inklusiv, leistbar, emissionsfrei KATHARINA LITSCHAUER, DANIEL GRABNER, KOEN SMET	153

<i>Mobilität: Warum eine klimafreundliche Umgestaltung sozial gerecht ist</i> ALEXANDER BRENNER	163
<i>Pflege: Sorglos? Klimasoziale Antworten auf die Pflegekrise</i> ERNEST AIGNER, HANNA LICHTENBERGER	175
<i>Lohnarbeit sozial und ökologisch nachhaltig gestalten</i> A. KATHARINA KEIL	185
<i>Budget- und Steuerpolitik klimasozial umsteuern</i> GEORG FEIGL, KATERINA VRTIKAPA	195
<i>Industriepolitik: Produktion zukunftsfähig machen</i> JULIA EDER	207
<i>Handelspolitik für eine klimasoziale Welt</i> HENRIKE SCHAUM	217
<i>Rohstoffe: Naturzerstörung und Ausbeutung beenden</i> MICHAEL EIGNER	227
<i>Finanzsystem: Warum grüne Geldanlagen das Klima nicht retten werden</i> TERESA GÄCKLE, JULIA LITOFCHENKO, LISA MITTENDREIN, LINA SCHMID, MARIO TASCHWER	237
Nachwort HELGA KROMP-KOLB	247
Über die Autor:innen	251

Einleitung: Klimasoziale Politik

Stellen wir uns folgendes Szenario vor: Wir leben an einem Ort, an dem alle eine Wohnung mit gesunder Luft und angenehmer Raumtemperatur haben. Die Wärme kommt aus der Erde und nicht von verbranntem Öl. Davon ist aber wenig nötig, da alle Gebäude saniert und gut isoliert sind. Die Mieten sind gedeckelt und der Großteil des Wohnraums wird öffentlich angeboten. Umziehen ist kein Problem, da es genug Wohnungen gibt. Alle können in Wohnungen leben, die ihren Lebensumständen entsprechen.

Wir beschließen, vormittags zum See zu fahren, spazieren in Richtung Bahnhof und sehen auf der Straße Kinder spielen. Ihre Eltern unterhalten sich sorgenlos, weil viele Gefahren gebannt sind: Autos fahren nur wenn nötig – für Lieferungen oder Menschen mit Einschränkungen. Mit dem Zug fahren wir kostenlos zum See; die öffentliche Pflege der Badeanlagen sorgt für ein sauberes Badevergnügen. Auch unsere Bekannten vom Land kommen vorbei. Mit dem öffentlichen Ruftaxi konnten sie problemlos zur nächsten Schnellzugverbindung fahren.

Wir arbeiten in der Pflege und selbstverständlich erhalten wir einen angemessenen Lohn. Zeitlich ist das Baden kein Problem – die fünf Stunden Arbeit pro Tag leisten wir am Nachmittag. Wir können selbst bestimmen, wie viel und wann wir arbeiten. So ist es in allen Arbeitsverhältnissen. Wie viel Menschen arbeiten, richtet sich danach, wie viel sie zu Hause zu erledigen haben; ob sie sich um andere kümmern und sorgen müssen, oder danach, wie es ihrer Familie, ihren Freund-innen und Kindern geht. Sie selbst entscheiden über ihre Arbeitszeit. So bleibt auch genug Zeit, um entschlossen gegen gesellschaftliche Schieflagen wie Rassismus, Ausgrenzung und Zerstörung von Natur und sozialem Zusammenhalt vorzugehen. Die dafür notwendigen klimasozialen Kompetenzen eignen wir uns in Aus- und Weiterbildungen an, sei es im Bereich der Technik, der politischen Bildung oder der Wirtschaft.

Im Bad treffen wir eine Kollegin aus dem Versicherungswesen. Sie verdient in etwa dasselbe wie wir in der Pflege. In der Industrie bestimmen die Arbeiter-innen mit, was sie für wen produzieren, und Gesetze unterstützen Unternehmen, klimasozial zu agieren. Angehäufte Vermögen finanzieren klimasoziale Infrastruktur oder werden beim Ableben gleich auf alle Jugendlichen verteilt, damit alle einen guten Start ins Leben haben. Somit bestimmen Reiche auch weniger über das politische Geschehen. Auch gesundheitliche Ungleichheit wurde dadurch stark reduziert, Kurse und Infrastruktur zur Vorsorge werden öffentlich zur Verfügung gestellt. Zugleich wurde das Sozialversicherungswesen so aus-

gebaut, dass wirklich alle Zugang zur Gesundheitsvorsorge sowie zur besten Medizin im Falle von Unfällen und Krankheiten haben.

Ein Freund erzählt, dass er am Abend zur Nachbarschaftsrunde geht. Kürzlich wurde das letzte Parkhaus aufgelassen und nun wird beschlossen, wie die frei gewordene Fläche genutzt werden soll. Aus den zahlreichen Vorschlägen wurde eine Mischung aus Vergnügungspark, Grünanlage und Nachbarschaftshaus entwickelt. Voraussichtlich werden alle den Raum für Feiern, Nachbarschaftsprojekte und Kinderbetreuung kostenlos nutzen können.

Die Transformation zu klimafreundlicher Produktion sowie zu klimafreundlichen Lebensmitteln und Wohnungen ist bereits erfolgt. Die Mitbestimmung aller Betroffenen im internationalen Handel wurde umfassend erweitert, Umweltstandards können überall eingefordert werden. Grundsätzlich gelten immer die höchsten klimasozialen Standards als Referenzpunkte. Und so eifern Unternehmen darum, die geringsten Treibhausgasemissionen mit den besten Arbeitsbedingungen zu verbinden.

Die Finanzmärkte sind stark geschrumpft, und all jene gut ausgebildeten Ingenieur-innen entwickeln nun unter anderem Fortbewegungsmittel, mit denen man ohne fossile Brennstoffe von A nach B kommt. Der Fokus liegt auf einem attraktiven öffentlichen Verkehr, der zur üblichen Art der Fortbewegung geworden ist. Durch die drastische Reduktion des motorisierten Individualverkehrs können sich Kinder und Menschen mit Einschränkungen oder Behinderungen nun frei auf allen Straßen bewegen. Wohnen hat an Qualität gewonnen, seit es weniger Belastungen durch Feinstaub und Autos gibt.

Es ist fast unmöglich, sich so eine Welt vorzustellen. Jahrzehntelang wurden unter einer neoliberalen Politik soziale Errungenschaften abgebaut und Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik als Bürde behandelt. Vorschläge, die das Leben aller verbessern und die Umwelt schützen, wurden als Utopien diskreditiert. Und das nur, damit jene, die Entscheidungen treffen, ihr eigenes Interesse legitimieren können. Es wurde ein Marktliberalismus durchgesetzt, in dem sich die Stärkeren für ihren Egoismus nicht rechtfertigen müssen, sondern vielmehr Märkte als Ausrede für einen Mangel an politischer Vision, Gestaltungswillen und -kompetenz instrumentalisieren.

Die sozialen und ökologischen Verwerfungen jahrzehntelanger neoliberaler Vorherrschaft können erst in ihren Anfängen beobachtet werden. Zugleich haben wir durch diese Vorherrschaft verlernt, eine sozial inklusive und ökologisch nachhaltige Welt zu denken. Dies ist für sich erschreckend, aber nahezu verstörend in einer Zeit, in der die Klimakrise Felder und Wälder verbrennt und Hitzewellen Menschen und Tiere dahinraffen. Gerade jetzt muss Politik gegen die um sich

greifende soziale Kälte vorgehen und für alle ein gutes, selbstbestimmtes und inklusives Leben ermöglichen. Jetzt müssen auch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, um klimaschädliche Emissionen in die Geschichtsbücher zu verbannen.

Obwohl Verteilungswirkungen mancher Maßnahmen bis ins letzte Detail diskutiert werden, bleiben jene Menschen, deren Leben seit Jahrzehnten durch neoliberale Politik abgewertet wurde, außen vor. Jene, die sich täglich fragen, wie sie Essen, Miete und Fortbewegung finanzieren sollen. Deren Vorgesetzte sie als Arbeitskraft statt als Menschen sehen. Deren Pflegen und Betreuen die Grundlage für unser Zusammenleben schafft, sie aber weder Anerkennung noch angemessenen Lohn dafür erhalten. Die als „Andere“ bezeichnet werden und deren Leben als wertlos angesehen wird. Deren Identität in Schubladen gesteckt wird, um sie nicht als das anzuerkennen, was sie selbst sein wollen. Die in kapitalistischen Strukturen von einem Wirtschaftswachstum abhängig sind, das ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstört. Bei ihnen setzt klimasoziale Politik an, um für alle ein besseres Leben zu schaffen.

Der Konflikt verläuft keineswegs zwischen einer sozial inklusiven, gerechten Gesellschaft und klimapolitischen Grundlagen. Vielmehr blockieren wirtschaftliche Interessen auf Kosten der breiten Bevölkerung eine durchgreifende Klimapolitik. Eben genau so, wie Konzerne gegen soziale Interessen lobbyieren. Daher verweigert sich dieses Buch der neoliberalen Vorherrschaft des Marktes und versucht, so konkret wie möglich politische Maßnahmen, Instrumente und Schritte hin zu einer klimasozialen Gesellschaft vorzuschlagen.

Was ist klimasoziale Politik?

Klimasoziale Politik strebt nach einer sozialen, inklusiven und politisch fortschrittlichen Gesellschaft, in der alle ein selbstbestimmtes Leben führen können, ohne dabei ihre eigene oder die Lebensgrundlage anderer zu gefährden. Sie fragt: Wie können wir Leben verbessern und Emissionen reduzieren? Und sie vermeidet ideologische Scheuklappen, die meinen, der Wirtschaft müsse es gut gehen, Löhne müssten niedrig sein und jeder Job sei besser als keiner. Sie fordert ein menschenwürdiges Leben, das selbstbestimmt und unabhängig von wirtschaftlichen Krisen allen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Klimasoziale Politik sucht nach Bündnissen zwischen jenen, die als „Andere“ beschrieben werden und jenen, deren Armut sie dazu zwingt, nachzurechnen, ob sie heute Nacht frieren müssen, oder sie nicht doch ihre letzten Euro ins Heizen investieren. Auch zwischen jenen, die es nie nach Österreich schaffen und all den Frauen, die sich um Leben und Natur sorgen, aber dafür ihre eigenen Bedürfnisse

hinstellen müssen. Solche Bündnisse sind klimasoziale. Sie binden Betroffene ein, um Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Betroffene, die gegen die Klimakrise kämpfen, aber – wenn überhaupt – erst gehört werden, wenn konkrete Vorschläge beschlossen werden.

Klimasoziale Politik beansprucht, gerade durch soziale Politik, die Klimakrise so grundlegend wie nötig zu adressieren. So deckt klimasoziale Politik Grundbedürfnisse ab: durch hochwertigen und klimafreundlichen öffentlichen Wohnbau, öffentlichen Verkehr, der ohne Batterien und Öl alle an ihre Ziele bringt, oder durch eine selbstbestimmte, leistbare Lebensmittelversorgung. Sie schafft ein Lebensumfeld, in dem niemand neben verschmutzten Autobahnen leben oder in verpesteten Fabriken schuften muss, sondern alle gut leben – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht oder etwaigen Zuschreibungen sowie Ausschlussmechanismen.

Für klimasoziale Politik ist selbstverständlich, dass die Klimakrise eine soziale Krise ist. Vielmehr ist die gegenwärtige soziale Krise noch umfassender, und die Klimakrise ein, wenn auch wesentlicher, Teil dieser. Ungleichheit, Armut, ungesundes Leben, Burn-out, Angst vor dem Partner (sic!) oder aggressiven Passantinnen, internationale Knebelverträge und rechte Bewegungen. Die soziale Kälte betrifft alle Lebensbereiche und wird durch die Klimakrise gegenwärtig erhitzt. Ja, wie bei anderen Krisen sind es auch hier die unteren Einkommensgruppen, jene, die nicht in Österreich geboren sind, oder jene, deren Geschlecht nicht männlich ist, die besonders betroffen sind. Sei es nun durch die wiederholten Hitzewellen, durch mangelndes Wissen, sich an die neue Welt anpassen zu können, oder durch die Abhängigkeit von Jobs, die die eigene Lebensgrundlage unterwandern. Zugleich sind die Treibhausgasemissionen dieser Gruppen verhältnismäßig gering.

Aus globaler Perspektive zeigt sich, dass die klimaschädlichen Emissionen aller in Österreich lebender Menschen über dem Niveau liegen, welches durch die Pariser Klimaziele vorgegeben ist. Dies geht mit einer Verantwortung für alle, aber besonders für jene mit Entscheidungsmacht, einher. Diese Verantwortung wird allerdings nicht wahrgenommen. Nach wie vor kommt der Großteil der Treibhausgasemissionen von den reichen Ländern im Norden, und dort wiederum von Menschen mit hohem Einkommen. Genau das spricht die Klimagerechtigkeit an und fordert, dass der Globale Norden seine Treibhausgasemissionen besonders stark reduziert. Der Norden (so auch Österreich) ignoriert das, wie die geringen national festgelegten Beiträge zum Pariser Klimaziel deutlich zeigen.

Doch nicht nur Staaten, sondern vor allem auch Konzerne blockieren wirksame Klimapolitik. Was nicht verwundert, sind doch die zehn größten Konzerne

der Welt fast ausschließlich Ölkonzerne. Um ihre Kapitalinteressen zu schützen, verhindern sie wirksame Klimapolitik durch Lobbying, Medienarbeit und das Verbreiten von Klimalügen. Auch die Automobilindustrie setzt auf diese Strategien. Sie verunsichern die Menschen mit der Androhung von Arbeitsplatzverlusten und verurteilen die von progressiven Kräften geforderte sozial-ökologische Transformation. Flankendeckung liefern rechte Akteur:innen, die Zukunftsängste schüren. Letztlich profitieren dabei jene, die die Krise verursachen und sich von ihren Konsequenzen freikaufen können, während die große Mehrheit der Bevölkerung verliert.

Zugleich nehmen soziale Verwerfungen in vielen Bereichen zu. Vor unseren Augen werden Errungenschaften wie Arbeitslosenversicherung, öffentlicher Wohnbau und sichere Pensionen Schritt für Schritt abgebaut. Damit steigt auch die Abhängigkeit der Bevölkerung von der Lohnarbeit. Konsumiert wird, um für die verlorene Lebenszeit zu kompensieren. Die Hyperglobalisierung, der Finanzkapitalismus und die Kürzungspolitik nach der Finanzkrise setzen die Sozialsysteme unter Druck. Sparpolitik treibt die Selbstmordrate in die Höhe, wie in Griechenland vor knapp zehn Jahren, oder verhindert überlebensnotwendige medizinische Grundversorgung, wie die drastischen Beispiele in Spanien oder Italien zeigen: Intensivbetten wurden nach 2008 gestrichen und fehlten in der Corona-Krise. Progressive Forderungen kommen dabei unter die Räder.

Klimasoziale Politik stellt hierzu einen Gegenvorschlag dar. Sie will eine öffentliche Debatte über eine sozial-ökologische, fortschrittliche Gesellschaft anstoßen. Mit dem Ziel sozialen Rückschritt durch konsequente klimasoziale Politik zu überwinden.

Hintergrund zum Buch

In diesem Buch untersuchen die Autor:innen klimasoziale Politik in verschiedenen Politikbereichen und gehen der Frage nach, wie durch Klimapolitik eine sozial gerechtere Gesellschaft erreicht werden kann. Damit versuchen wir Wege aufzuzeigen, wie soziale Errungenschaften mit oder durch Klimapolitik geschaffen, ausgebaut und verfestigt werden können. Fragen der ökonomischen Effizienz und des kapitalistischen Wachstums stehen nicht mehr im Fokus. Hingegen untersuchen wir das Potenzial von Klimapolitik als Instrument für eine sozial fortschrittliche und emanzipatorische Gesellschaft.

Zwischen den Kapiteln finden sich immer wieder Zitate, wie Armutsbetroffene in Österreich die Klimakrise wahrnehmen und welche Forderungen sie an

eine klimasoziale Politik stellen. Die Autor-innen haben sowohl soziale und Geschlechter-Gerechtigkeit als auch die Perspektiven von Armutsbetroffenen als Querschnittsthemen aufgegriffen und sich an folgenden Leitfragen orientiert: Wie kann Klimapolitik zu einer gerechten Gesellschaft beitragen? Wo können diese Maßnahmen ansetzen? Welche Akteur-innen verfolgen welche Strategien, und welche Allianzen ergeben sich daraus? Welche konkreten Hürden und Widerstände gibt es bzw. welche sollten mitbedacht werden? Welche nächsten Schritte sind notwendig, um eine sozial gerechte Gesellschaft durch und mit Klimapolitik zu erreichen?

Die Redaktion und die Autor-innen haben sich der Herausforderung gestellt, ein Buch zu entwickeln, dem eine konkrete Vision und entsprechende erste Schritte zu deren Umsetzung zugrunde liegen. In vielen Bereichen gibt es solche Vorschläge, oft auch gut untersucht, wissenschaftlich fundiert und gesellschaftlich diskutiert. In anderen wiederum gibt es weniger Vorschläge oder ganze Bereiche, die noch besser ausgearbeitet werden müssen. Insofern ist das Buch nur ein erster Schritt und eine Einladung zu einer öffentlichen Debatte, wie eine klimasoziale Gesellschaft erreicht und erkämpft werden kann. Alle Leser-innen sind herzlich eingeladen, zu dieser Debatte beizutragen: Wie kann klimasoziale Politik aussehen? Welche sozialen Krisen gibt es in Österreich und wie können diese durch Klimapolitik adressiert werden? Welche klimasozialen Maßnahmen können sozial-ökologische Bündnisse fordern und sozialer Gerechtigkeit näherkommen? Welche Schritte kann ich selbst unternehmen, um eine klimasoziale Gesellschaft zu erreichen?

Übersicht zum Buch

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Abschnitt behandelt die Klimakrise in Österreich. Akteur-innen, vergangene und aktuelle Politiken, Emissionen, Maßnahmen und Sozialpolitik werden hier besonders beleuchtet, um einen Überblick über die Klimakrise in Österreich zu geben. Im zweiten Teil geben wir Antworten auf die Frage, wie eine klimasoziale Gesellschaft aussehen kann und welche Schritte dahin führen können. Die behandelten Felder umfassen Geschlechtergerechtigkeit, Migration, Armut, Ungleichheit, Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Mobilität, Pflege, Lohnarbeit, Budget- und Steuerpolitik, Industrie, Handel, Rohstoffe und das Finanzsystem.

Konkret entwickelt der erste Teil des Buches eine Bestandsaufnahme der Klimakrise in Österreich. Es beginnt mit einem Überblick von Antje Daniel, Iris Frey und Alexandra Strickner über Klimaaktivismus in Österreich, der versucht,

eine wirkungsvolle Politik voranzutreiben. Vor dem geschichtlichen Hintergrund der Umwelt- und Klimabewegung gehen die Autor-innen auf Herausforderungen und Strategien ein, die die zivilgesellschaftlichen Akteur-innen von System Change, not Climate Change!, Fridays for Future und Extinction Rebellion verwenden, um die Klimakrise zu bekämpfen. Eine zentrale Rolle spielen Klimacamps, Proteste auf der Straße und auch die Vernetzung mit weiteren Akteur-innen der Zivilgesellschaft.

Demgegenüber steht eine wenig ambitionierte nationale Klimapolitik, wie Christoph Clar und Patrick Scherhauser erläutern. Die Versprechen der Treibhausgasreduktion wurden von der Politik bislang nicht eingelöst. Dies liegt unter anderem am fehlenden politischen Willen zur Umsetzung der proklamierten Ziele, dem föderalistischen System und der Sozialpartnerschaft bzw. den darin verankerten herrschenden Interessen. Einzig die rechtlichen Vorgaben von der Europäischen Union geben dem Nationalrat gewisse Ankerpunkte und verlangen nach konkreter Klimapolitik. In Österreich sehen die Autoren die Beteiligung der Grünen an der Bundesregierung zwar als Chance, zugleich fehlen auch hier zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch konkrete Erfolge.

Vom Menschen verursachte Treibhausgase sammeln sich in der Atmosphäre an und bewirken ein Aufheizen der Erde – und die derzeitige Klimakrise. Stefan Nabernegg stellt dar, an welchen Stellen und bei welchen Prozessen bis heute Emissionen entstehen, welchen unterschiedlichen Gruppen diese zugerechnet werden können und wer diese hauptsächlich zu verantworten hat. Fest steht: Emissionen sind nicht gleich entlang unterschiedlicher Einkommensgruppen verteilt. Österreich muss schnell und deutlich seine Emissionen reduzieren, um seinen Teil zum 2-Grad-Ziel beizutragen.

Mathias Kirchner und Birte Strunk veranschaulichen darauf aufbauend, welche klimapolitischen Maßnahmen es gäbe, um die Klimakrise noch abzuwenden, wie diese wirken, wie effektiv sie sind und welche gesellschaftlichen Gruppen von den Maßnahmen mehr oder weniger betroffen sind. Die Autor-innen kommen zum Schluss, dass es eine Vielzahl integrierter Maßnahmen braucht, um die notwendige Wirkung zu erreichen.

Daran anschließend ebnen Katharina Bohnenberger und Jana Schultheiß den Weg für den nächsten Abschnitt und besprechen Maßnahmen, die über die konventionelle Klimapolitik hinausgehen. Sie verbinden Sozial- und Klimapolitik und zeigen, dass sich mit vorsorgender Sozialpolitik nicht nur existierende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abbauen lassen, sondern auch effektive und weitreichende Klimapolitik entwickeln lässt.

Der zweite Abschnitt des Buches untersucht, wie eine klimasoziale Politik aussehen und wie Österreich einer klimasozialen Gesellschaft näherkommen kann.

Im jeweiligen Feld gehen die Autor·innen den Fragen nach, welche sozialen Krisen zu adressieren sind und welche Rolle hier klimasoziale Politik spielen kann.

Im Kapitel Geschlechtergerechtigkeit diskutieren Elisabeth Klatzer und Lisa M. Seebacher die Klimakrise aus feministischer Perspektive. Zuerst identifizieren sie die gemeinsamen Wurzeln der Ausbeutung von Natur, Frauen und Globalen Süden. Anschließend gehen sie der Frage nach, wie weit Klimapolitik und die Klimagerechtigkeitsbewegung Gleichstellungsperspektiven bedenken, um am Ende Ansätze zu identifizieren, wie sich Gleichstellungs- und klimapolitische Anliegen verbinden lassen.

Im Kapitel zu Migration untersucht Judith Kohlenberger, wie die Politik die Klimakrise vereinnahmt, um „Andere“ als solche zu definieren, obwohl gerade Klimapolitik eine Chance für Migrationsgesellschaften darstellen könnte. Viele klimapolitische Maßnahmen könnten dazu verwendet werden, um eine inklusive Gesellschaft zu schaffen.

Im Anschluss begeben sich die Autor·innen Laura Allinger, Clara Moder, Robert Rybaczek-Schwarz, und Martin Schenk auf die Suche, wie sich Armut durch Klimapolitik überwinden lässt. Welcher Umgang mit dem menschengemachten Klimawandel lässt keine soziale Gruppe zurück? Die Autor·innen beziehen in ihrem Beitrag die Stimmen von Armutsbetroffenen mit ein, die im Rahmen einer Fokusgruppe der Armutskonferenz über ihre persönlichen Zugänge, Erfahrungen und Erwartungen rund um die Klimakrise gesprochen haben. Wie sich zeigt, sind öffentliche, qualitativ hochwertige und inklusive Infrastrukturen unabdingbar, um umfassende klimasoziale Umverteilung zu bewirken. Klimasoziale Politik sollte stets soziale Gerechtigkeit anstreben, die für Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen sorgt und sozioökonomische Ungleichheit abbaut, anstatt sie zu befeuern.

Im Kapitel Ungleichheit zeigen Mario Taschwer und Hendrik Theine auf, weshalb der übermäßige Reichtum einiger weniger eines der wesentlichen Probleme bei der Bekämpfung der Klimakrise ist. Denn: Sie können mit ihrem exzessiven Reichtum über das Schicksal der Vielen bestimmen und haben meist kein Interesse daran, das zu ändern. Unter dem Motto „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ schlagen die Autoren daher vor, einen Lastenausgleich und Vermögensobergrenzen einzuführen. Denn diejenigen, die unsere Welt zerstören, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Ungleichheit spielt auch eine wesentliche Rolle im Bereich der Gesundheit. Willi Haas diskutiert, wer besonders unter schlechter Gesundheit leidet und was das mit sozialen, ökonomischen und auch räumlichen Aspekten zu tun hat. Gerade räumliche Aspekte führen dazu, dass durch geringere Mieten besonders ärmere Bevölkerungsgruppen stark verschmutzten Wohnraum neben

verkehrsintensiven Straßen bewohnen. Klimasoziale Politik würde den Verkehr entsprechend abbauen, um Verschmutzung zu reduzieren. Aber auch im Krankenhausbetrieb und bei der Medikamentenvergabe ließen sich sozial-ökologische Ungleichheiten abbauen.

Weitere Grundbedürfnisse wie Essen, Wohnen und Fortbewegung werden in den Folgekapiteln besprochen. Christina Plank, Marianne Penker und Karl-Michael Brunner untersuchen zuerst die Probleme entlang der Theorie der Nahrungsregime und identifizieren viele Bereiche, wie beispielsweise übermäßigen Fleischkonsum, Futtermittelimporte, schlechte Arbeitsbedingungen und die Marktkonzentration. Klimasoziale Ansatzpunkte umfassen eine gemeinsame Lebensmittelpolitik sowie veränderte und teils reduzierte Produktion. Weiters gilt es, Konsum gestaltend zu regulieren und demokratische Beteiligungsformen am Nahrungsregime einzuführen.

Wohnen ist einer der wichtigsten und selbstverständlichsten Bereiche unseres Lebens. Zugleich handelt es sich dabei um ein komplexes Feld, dem sich Katharina Litschauer, Daniel Grabner und Koen Smet in ihrem Kapitel annähern. Wohnen erfüllt eine Vielzahl an Bedürfnissen, etwa nach Schutz und Rückzugsräumen. Wo wir wohnen, beeinflusst unseren Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, zum Arbeitsmarkt und zu unserem sozialen Umfeld. Sowohl im Sozialen als auch im Ökologischen gibt es Bereiche, die klimasoziale Wohnpolitik technisch, rechtlich, sozial und verteilungspolitisch adressieren muss.

Die derzeitige Gestaltung von Mobilität ist nicht nur klimaschädlich, argumentiert Alexander Brenner. Vielmehr macht der Fokus auf Auto- und Flugverkehr selbstbestimmte, sichere Mobilität für viele unmöglich: Während gegenwärtig in ländlichen Regionen Autos unumgänglich sind, bedeuten diese in Städten eine Einschränkung des öffentlichen Raums. Das bedeutet große Freiheitsbeschränkungen vor allem für Kinder, Ältere, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit geringem Einkommen. Der Beitrag zeigt die bestehenden Probleme auf und beschreibt wichtige Bausteine einer klimasozialen Politik wie ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz, die Gestaltung des öffentlichen Raums für Menschen statt für Autos sowie die sichere Erreichbarkeit von notwendiger Infrastruktur ohne motorisierten Individualverkehr.

Im Kapitel Pflege untersuchen Ernest Aigner und Hanna Lichtenberger, wieso Pflege in der Krise steckt, obwohl es eine klimafreundliche Tätigkeit ist. Gerade weil die Pflege und die Klimakrise ähnliche Wurzeln haben, gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie klimasoziale Pflegepolitik die Pflegekrise überwinden könnte. Klimasoziale Politik greift die Bedürfnisse Pflegenden und Gepflegter auf und kann dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Klimakrise schaffen.

Hier schließt das Kapitel zu Lohnarbeit von A. Katharina Keil an. Die Autorin erkennt zuerst an, dass Lohnarbeit immer auch Naturverbrauch und Zerstörung beinhaltet und dass gerade hier die Klimakrise eine umfassende Transformation einfordert. Aufbauend darauf legt sie dar, dass eine Reduktion und ein Zurückdrängen der Lohnarbeit durch Arbeitszeitverkürzung wie auch durch Arbeitsplatzgarantie zu einer klimasozialen Gesellschaft beitragen können.

Im Kapitel zu klimasozialer Budget- und Steuerpolitik untersuchen Georg Feigl und Katerina Vrtikapa, wie effektiv, effizient und sozial gerecht Emissionen reduziert werden können. Auf der Ausgabenseite sind erhebliche Investitionen in nachhaltige Energien, klimafreundlichen Verkehr, thermische Sanierung im Gebäudesektor und Industriepolitik notwendig. Gleichzeitig müssen klimaschädliche Ausgaben reduziert bzw. transformiert werden, und es muss auf der Einnahmenseite eine stärkere Besteuerung klimaschädlichen Konsums mit sozialem Ausgleich eingeführt werden. Der unterm Strich höhere Finanzbedarf sollte durch vermögensbezogene Steuern und kurzfristig auch über eine höhere Neuverschuldung gedeckt werden.

Das Industrieland Österreich benötigt zur Bewältigung der ökologischen Krise eine zukunftsfähige Industriestrategie, wie Julia Eder im Kapitel Industriepolitik argumentiert. Industrielle Produktion muss ökologisch nachhaltig und sozial verträglich umgestaltet werden. Der Beitrag bespricht Säulen wie staatliche Unterstützung, lokale Wertschöpfungsketten, gerechte Verteilung der Gewinne und veränderte Eigentumsverhältnisse als Fundamente einer fortschrittlichen Industriestrategie. Er zeigt auf, welche Koalition aus Akteur:innen es für die Umsetzung braucht.

Etwaige Verstrickungen der Industrie im globalen Wirtschaftssystem diskutiert Henrike Schaum im Kapitel zu Handelspolitik. Sie bespricht, wie Handelsverträge und internationale Organisationen wie etwa die WTO eine ungleiche Welt schaffen, in der Rechte von Arbeiter:innen und Umweltziele durch Auslagerung in die Peripherie des gegenwärtigen Kapitalismus ignoriert werden. Darauf aufbauend beschreibt sie, wie Moratorien, lokale Wertschöpfungsketten, demokratische Kontrolle und Transparenz Emissionen reduzieren und Arbeit gerechter gestalten können.

Gerade Rohstoffe spielen im internationalen Kontext und in der Klimakrise eine oft unterbelichtete Rolle. So ist die Hälfte der Treibhausgasemissionen auf den Bereich der Rohstoffe zurückzuführen, wie Michael Eigner im entsprechenden Kapitel darlegt. Im Kontext globaler Zusammenhänge und des zunehmenden Rohstoffverbrauchs bedürfen klimasoziale Ansätze kreativer Zugänge. Die Yasuní-ITT-Initiative und das Lieferkettengesetz werden im Kapitel als mögliche Strategien diskutiert. Deren Umsetzung hängt allerdings nicht nur von der Art

und Weise der Implementierung, sondern auch vom politischen System, das solche Änderungen entweder begrüßt oder zu verhindern versucht, ab.

Welche Rolle hier und in einer Transformation hin zu einer klimasozialen Gesellschaft Banken, Fonds und andere Finanzakteur:innen haben, diskutieren Teresa Gäckle, Julia Litofcenko, Lisa Mittendrein, Lina Schmid und Mario Taschwer im letzten Kapitel. So tragen diese Unternehmen gegenwärtig nicht nur zur Überhitzung der Finanzmärkte bei, sondern haben auch ein massives Kohle-Problem. Das heißt, sie lenken Unsummen an Finanzkapital direkt in Bereiche wie etwa fossile Energien, die zur Überhitzung des Planeten führen. Warum das Finanzsystem einen wesentlichen Anteil an der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen hat und warum die Politik mit „Green Finance“ auf den falschen Dampfer setzt, erläutern die Autor:innen im Kapitel Finanzsystem und Klima. Oftmals trägt die Green Finance-Agenda maßgeblich dazu bei, die Natur selbst zur Ware zu machen und noch stärker auszubeuten. Zur Bekämpfung der Klimakrise müssen jedoch dreckige Investitionen verboten und die mächtigen Finanzinstitutionen zerschlagen werden.

Die vielen Beiträge im Buch zeigen auf, wie klimasoziale Politik konkret in Österreich aussehen und zu einer öffentlichen Debatte beitragen kann, die soziale und ökologische Ziele in den Vordergrund stellt, um nicht noch weiter zu einer Verschärfung multipler Krisen beizutragen. Das Redaktionsteam bedankt sich für die Geduld der Autor:innen, Lektor:innen, dem Verlag und der vielen anderweitig involvierten Freund:innen und Kolleg:innen.

Die Redaktion: Ernest Aigner, Laura Allinger, Michael Eigner, Clara Moder, Christina Plank, Mario Taschwer, Hendrik Theine, Simon Theurl und Katerina Vrtikapa.